



SCHNELLER START VIELE PLÄNE WENIG ZEIT

Im November 2019 sind die ersten 17 europäischen Hochschulallianzen an den Start gegangen. Sie sollen Ideen und Wege für ein europäisches Studium entwickeln. Wie ambitioniert ist das Programm, und was haben die beteiligten Hochschulen nun vor? Einschätzungen und Einblicke in fünf ausgewählte Allianzen.

ALLE WOLLEN MEHR

Macrons Idee der Europäischen Hochschule ist auf den Weg gebracht, die zweite Runde der Ausschreibung läuft. Der Beifall ist groß, doch es wurde knapp kalkuliert.

TEXT: BENJAMIN HAERDLE

Gerne wird die Brüsseler Verwaltungsmaschinerie als langsam und behäbig kritisiert. Doch in Sachen Europäische Hochschule hat sie ihre Kritiker Lügen gestraft: Im September 2017 skizzierte der französische Präsident Emmanuel Macron in der Universität Sorbonne seine Vision einer europäischen Hochschule, sprach von „europäischen Semestern“ und „europäischen Diplomen“ – im Oktober 2018 veröffentlichte die Kommission den ersten Call für die „European Universities Initiative“. Und im Juni 2019 kürte sie unter den 54 Netzwerken, die sich beworben hatten, 17 Allianzen. „Die 17 europäischen Universitäten, die als Vorbilder für andere in der gesamten EU fungieren werden, werden es den nächsten Studierendengenerationen ermöglichen, Europa zu erleben, indem sie in verschiedenen Ländern studieren“, verhiess der damalige EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics. Die Initiative werde ein wichtiger Baustein des Europäischen Bildungsraums und ein echter Wandel für die Hochschulbildung in Europa sein, werde Exzellenz und Integration fördern.

Man mag Navracsics' Aussagen als PR-Floskeln werten, doch auch das Lob der Hochschulszene fiel überwiegend positiv aus. Internationale Hochschulverbände wie die League of European Research Universities (LERU) und die EUA (European University Association) äußerten sich zustimmend, auch nationale Rektorenverbände aus Polen, Frankreich oder aus Deutschland wie die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hoben den Daumen. Selbst anfängliche Kritiker differenzierten ihr Urteil, etwa Dr. Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dort zuständig für Hochschulen und Forschung. „Die EU-Kommission hat das ursprüngliche Konzept für den Wettbewerb nachgebessert: Deutlich mehr Hochschulen als geplant können gefördert werden, die Ziele des Wettbewerbs heben nicht auf Spitzenforschung, sondern Zusammenarbeit in der Lehre ab“, sagte er. Allerdings liege bei den ausgewählten Netzwerken eine deutliche Schiefelage zu Lasten der Hochschulen in Mittel-, Ost- und Südeuropa vor, und in den Genuss der Förderung kämen vor

allem „die üblichen Verdächtigen“. Daher bleibe die Gefahr, dass sich die neu gekürten Europäischen Hochschulen in ihren geförderten Netzwerken vom Rest des Europäischen Hochschulraums abschotteten.

VIELE FORMATE

Die 17 Netzwerke, die mit einer Festveranstaltung in Brüssel im vorigen November ins Rennen geschickt wurden, umfassen 114 Hochschulen aus 25 Staaten. Manche Netzwerke bestehen schon seit Jahren oder bauen auf Vorläufern auf, andere starten jetzt ganz frisch. Die Formate reichen von disziplinären Verbänden wie Civica (The European University in social sciences) über thematische Allianzen wie Conexus (European University for Smart Urban Coastal Sustainability) bis zu Netzwerken mit besonderen Lehrkonzepten wie CHARMEU (Challenge-driven, Accessible, Research-based, Mobile). Auch das, was sie vorhaben, klingt vielfältig: flexible Mobilitätsformate, offene Studiengänge für Studierende aus den Netzwerkpartnern, gemeinsame Verwaltungsstrukturen etwa für Bibliotheken oder modulare Lehrpläne, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Was davon die Allianzen in den kommenden drei Jahren tatsächlich umsetzen werden, muss sich zeigen. Denn: Drei Jahre sind wenig Zeit, vor allem wenn sie erst noch Verwaltungs- und Rechtsstrukturen aufbauen und Personal einstellen müssen. „Der Erfolg hängt davon ab, wie sehr es den ausgewählten Allianzen gelingt, von Anfang an so viele Studenten und Mitarbeiter wie möglich einzubeziehen“, sagt Sinéad Meehan-van Druten, Sprecherin der EU-Kommission. Dies müsse auf allen Ebenen der beteiligten Institutionen, einschließlich aller Fakultäten, geschehen.

WENIG CHANCEN FÜR FACHHOCHSCHULEN

Aus Deutschland erhielten in dem Brüsseler Pilotprogramm 15 Hochschulen den Zuschlag, nur Frankreich war mit 16 Hochschulen erfolgreicher. Italien ist mit zwölf

Hochschulen vertreten, Spanien mit elf, Schweden mit sechs und Großbritannien mit drei. Wermutstropfen aus deutscher Sicht: Die Fachhochschulen (FH) beziehungsweise Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) sind mit Ausnahme der Dresdner Hochschule für Bildende Künste leer ausgegangen. „Die Idee, sich in Europa zu vernetzen, ist sehr gut“, lobt zwar Prof. Dr. Karim Khakzar, Präsident der Hochschule Fulda und Sprecher der HAWs in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), berichtet aber: „Wir haben das innerhalb der HAW-Gruppe vor Start der Initiative diskutiert und festgestellt, dass wir wahrscheinlich nur geringe Erfolgsaussichten haben.“ Ohne auf einem bereits bestehenden Netzwerk aufbauen zu können, werde es schwierig. Die Hochschule Fulda habe ihre Energie daher lieber in eine Ausschreibung des DAAD zur Internationalisierung der HAWs gesteckt, von der sie nun profitiere. Um sich zusätzlich an der EU-Initiative zu beteiligen, fehlten die Ressourcen.

Seit November läuft die zweite Ausschreibungsrunde, für die die Kommission noch bis zum 26. Februar Bewerbungen entgegennimmt. An den Inhalten hat sich kaum etwas geändert. Auch die Fördersumme bleibt gleich: fünf Millionen Euro pro Netzwerk in drei Jahren. Fördern will sie jedoch bei einer Gesamtsumme von 120 Millionen Euro 24 Netzwerke. Doch insbesondere die Finanzierung (insgesamt bis zu 85 Millionen Euro) hatte schon bei der Kür der ersten 17 Netzwerke für negative Rückmeldungen gesorgt: So rechnete HRK-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt der EU-Kommission vor, dass „im Augenblick teilnehmende Hochschulen eine europäische Fördersumme von circa 300.000 Euro pro Jahr erhalten“. Und der Prorektor für Internationales der in der Allianz 4EU+ beteiligten Universität Heidelberg, Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, sagt: „Die bisherige Förderung kann nur eine Anschubfinanzierung gewesen sein.“

Weil die EU knapp kalkulierte, geben Frankreich, Deutschland und Finnland zusätzliches Geld für ihre Hochschulen in den Allianzen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) fördert mit Geld des Bundesbildungsministeriums zum einen jene 15 Hochschulen, die bei der ersten Runde erfolgreich waren. Sie konnten für die drei Jahre bis zu maximal 750 000 Euro beantragen – und haben das dem DAAD zufolge auch alle erfolgreich gemacht. Belohnt wurden sie zudem mit einer glücklichen Fügung: Weil im Bundeshaushalt noch Mittel für das Jahr 2020 frei wurden, können sie für dieses Jahr sogar bis zu 600 000 Euro statt 250 000 Euro erhalten. In einer zweiten Programmlinie konnten sich zudem jene Hochschulen, die in der ersten Runde noch keinen Erfolg hatten und sich nun für einen erneuten Antrag vorbereiten, um eine Förderung von bis zu 450 000 Euro für drei Jahre bewerben. Für fünf Hochschulen gab der DAAD im Dezember grünes Licht. „Deutschlands Hochschulen, die an den Allianzen beteiligt sind, sollen durch die beiden Programmlinien unterstützt und sichtbar gemacht werden“, sagt Birgit Siebe-Herbig, beim DAAD Referatsleiterin und zuständig für das Programm „Europäische Hochschulnetzwerke (EUN) – nationale Initiative“. Mit dem Geld können die Hochschulen zum Beispiel Strategietreffen, Workshops, Konferenzen und Sprachkurse ebenso finanzieren wie Dozenturen oder Auslandsaufenthalte von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern.



Foto: Valentin Lacost / unsplash.com

PROGRAMM GEPLANT

Im Juli plant Brüssel die Sieger der zweiten Runde zu verkünden. Danach, so der derzeitige Planungsstand, will die EU-Kommission mit dem nächsten langfristigen EU-Haushalt ab 2021 im Rahmen von Erasmus+ ein Programm für die „Europäischen Hochschulen“ einführen, dann aber mit einem deutlich erhöhten Budget. Wie hoch dieses ausfällt, hängt auch von den Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Parlament, EU-Rat und der Kommission ab. Birgit Siebe-Herbig vom DAAD ist optimistisch: „Wenn aus der Initiative ein Programm werden soll, ist nach momentanem Stand davon auszugehen, dass Brüssel mehr Geld für jedes einzelne europäische Hochschulnetzwerk gibt.“ //

„SEHR PRAGMATISCHE ENTSCHEIDUNG“

Als Anfang gedacht, können die Allianzen das Zusammenwachsen der Hochschulen in Europa beschleunigen. Dafür nimmt Thomas Ekman Jørgensen vom Europäischen Hochschulverband EUA die aktuellen Limitierungen in Kauf.

INTERVIEW: BENJAMIN HAEROLE

Die EUA war von Anfang an in die Idee der Europäischen Hochschule eingebunden. Sind Sie mit dem Ergebnis einverstanden?

Ja, wir sind ziemlich zufrieden. Es gibt natürlich immer Dinge, über die man noch diskutieren könnte. Letztlich war es aber sehr gut, wie schnell und konkret die EU-Kommission die vage Idee des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron umgesetzt hat.

Was sind die Pluspunkte an der EU-Initiative?

Was uns wirklich gefällt, ist der Fokus auf Hochschulen und wie diese Allianzen strategisch weiter wachsen können und dies alles eingebettet im Europäischen Hochschulraum. Natürlich kann man sagen, Hochschulen hatten schon immer Gelegenheit zu kooperieren, aber diese Allianzen beschleunigen die Zusammenarbeit. Positiv ist auch, dass es nicht darum geht, Eliteverbände zu schaffen, sondern das Europäische Hochschulsystem insgesamt nach vorne zu bringen. Das sieht man daran, dass in den geförderten Initiativen viele verschiedene inhaltliche und methodische Ansätze zur Geltung kamen.

Was gibt es zu verbessern?

Man könnte die Initiative noch stärker auf die Missionen der Hochschulen zuschneiden: Bildung, Forschung und Innovation zusammendenken. Aber wir wissen auch, dass ein solches Programm auf EU-Level noch nicht existiert. Deswegen war es eine sehr pragmatische Entscheidung der Kommission,

diese Allianzen jetzt so mit ihren Limitierungen im Rahmen von Erasmus und damit dem Fokus auf die Lehre umzusetzen.

Müssten die jetzt fehlenden Aspekte Forschung und Innovation bei nächsten Runden in die Initiativen integriert werden?

Sollte es in Zukunft weitere Ausschreibungen geben, wäre es in der Tat sehr wertvoll, forschungsbasierte Lehre stärker zu integrieren. Wir brauchen auch Studierende, die vor allem

DR. THOMAS EKMAN JØRGENSEN



Foto: privat

ist Senior Policy Coordinator beim europäischen Hochschuldachverband European University Association (EUA).

durch die Forschung ausgebildet werden. Einige bereits seit längerem etablierte Hochschulnetzwerke wie etwa der trinationale Universitätsverbund Eucor setzen das erfolgreich um.

Hochschulen aus alten EU-Staaten wie Frankreich, Deutschland und Italien haben die erste Runde dominiert. Birgt das nicht die Gefahr eines Ungleichgewichts, etwa gegenüber osteuropäischen Hochschulen?

Es ist Aufgabe der EU-Kommission, funktionierende europäische Allianzen auszuwählen und zu fördern. Jene Staaten, die in der ersten Runde zu kurz gekommen sind, könnten die Ergebnisse die Augen geöffnet haben, dass es strukturelle Hindernisse gab, warum sie bei dieser Ausschreibung nicht erfolgreich waren. Das liegt aber nicht in der Hand von Brüssel. Sollten diese Staaten daraus die Notwendigkeit nationaler Reformen sehen, wäre das eine positive Folge.

Fünf Millionen Euro erhält jedes Netzwerk für drei Jahre. Das sind oft nur ein paar 100 000 Euro pro Partner. Kann man damit wirklich etwas erreichen?

Es braucht sicherlich mehr Geld, das ist kein Geheimnis. Das Geld reicht, um Strukturen in den Netzwerken aufzubauen, aber nicht, um sie dauerhaft mit Leben zu füllen. Allerdings hat auch keiner von den Hochschulvertretern, mit denen ich sprach, gesagt, wir machen das des Geldes wegen. Sie geben ihrerseits Geld dazu, um diese Allianzen mit Leben zu füllen, weil sie wirklich etwas entwickeln wollen. Die Botschaft ist aber ohnehin eine andere.

Nämlich?

Dass die EU-Kommission Hochschulallianzen fördert, war in der Hochschulszene auf EU-Ebene die große Nachricht in den vergangenen Jahren. Die besondere Botschaft war nicht, dass es hier mehr Geld gibt für Unis, sondern dass ein prestigeträchtiges politisches Projekt entsteht, das die Entstehung einer europäischen Hochschullandschaft beschleunigen soll, an der man sich beteiligen kann. Das war die eigentliche Attraktion.

Aber was kann man in drei Jahren wirklich erreichen? Meint die EU-Kommission ernsthaft, dass es dann gemeinsame Studiengänge gibt?

Nein, ich glaube, niemand erwartet wirklich, dass es nach drei Jahren komplett funktionierende europäische Universitäten gibt. Dafür ist schon eher die Langstrecke notwendig.

Im Moment können an der Initiative nur Erasmus+-Länder teilnehmen. Müsste es nicht ausgedehnt werden auf alle Staaten Europas?

Dazu gibt es derzeit zwei Diskurse auf europäischer Bühne. Man könnte einerseits europäische Hochschulen nutzen, um

Europa in der Mitte der EU aufzubauen, oder man nutzt die EU-Programme, um eine europäische Hochschullandschaft aufzubauen, bei der wirklich alle europäischen Staaten berücksichtigt werden. Wir tendieren zur zweiten Variante. Niemand wird beschädigt, wenn man Hochschulen aus der Schweiz oder der Ukraine einlädt, an der Ausschreibung teilzunehmen.

Im Jahr 2024 läuft die Förderung aus. Wie sollte es weitergehen?

Zunächst einmal muss sichergestellt werden, dass diese Initiative überhaupt fortgesetzt wird. Falls ja, müssten Forschung und Innovation besser integriert werden. Nur Hochschulen aus Erasmus+-Staaten den Zugang zu ermöglichen, halten wir für keine gute Idee. Wollte man dennoch daran festhalten, sollte man sich ein flexibles Instrument einfallen lassen, mit dem man andere Hochschulen aus Nicht-Erasmus+-Staaten trotzdem integrieren kann. Zudem muss man natürlich die Fördersumme erhöhen. Die jetzigen

„DEN STAATEN, DIE ZU KURZ GEKOMMEN SIND, KÖNNTEN DIE ERGEBNISSE DIE AUGEN ÖFFNEN“

Beträge waren okay für Pilot-Allianzen, aber künftig müssen sie ambitionierter sein, um das gesamte Hochschulsystem zu beeinflussen. Es darf nicht nur darum gehen, einzelne Netzwerke zu fördern. Außerdem müssen diese Allianzen, die im Prinzip noch Versuchsballons sind, analysiert werden. Was sind Hindernisse bei der Einführung gemeinsamer europäischer Curricula? Was verhindert Mobilität? Sind die Hochschulen autonom genug, um europäisch zu werden? Die Erkenntnisse daraus können helfen, die Bologna-Reform voranzubringen.

Kann noch etwas schief gehen bei der Initiative?

Brüssel sollte nicht Gefahr laufen zu überdrehen. Europa hat ein einzigartiges Hochschulsystem unterschiedlichster Einrichtungen. Das ist wunderbar, aber diese Initiative sollte nicht das Einfallstor sein, um eine Konzentrierung exzellenter Hochschulen zu fördern und um eine europäische Ivy League zu kreieren. Die Netzwerke, die jetzt gefördert werden, dürfen keine eigene Klasse bilden, ganz im Gegenteil: Sie sollen das Eis brechen, um das System insgesamt voranzubringen. //

ECIU - DIE MEISTEN

AALBORG UNIVERSITET
 DUBLIN CITY UNIVERSITY
 KAUNO TECHNOLOGIJOS UNIVERSITETAS
 LINKOPINGS UNIVERSITET
 TAMPEREEN KORKEAKOULUSAATIO SR
 TECHNISCHE UNIVERSITÄT HAMBURG
 UNIVERSIDADE DE AVEIRO
 UNIVERSITA DEGLI STUDI DI TRENTO
 UNIVERSITAT AUTONOMA DE BARCELONA
 UNIVERSITEIT TWENTE
 UNIVERSITETET I STAVANGER

KOMPETENZPASS, LEBENSLANGES LERNEN

TEXT: BENJAMIN HAEROLE

„Uns ist durchaus bewusst, dass unsere Allianz sehr groß ist“, sagt Katrin Dircksen, die an der Universität Twente ihr Büro hat und Generalsekretärin des Netzwerks ECIU (European Consortium of Innovative Universities) ist. Allerdings habe man den enormen Vorteil und Erfahrungsschatz, schon seit 22 Jahren im ECIU-Netzwerk zusammenzuarbeiten. Die ECIU-Partner haben gemeinsame Forschungsprojekte und Studienprogramme entwickelt, finanzieren in Brüssel ein eigenes Büro und der Vorstand trifft sich zwei Mal jährlich. „Die Ausschreibung der EU-Kommission ermöglicht uns nun, ECIU auf das nächste Level zu bringen“, sagt Dircksen.

Die ECIU-Universitäten wollen eigenständiges und problemlösungsorientiertes Lernen ermöglichen. Dazu entwickeln sie zunächst sogenannte Mikro-Credentials. Dies sind Lernmodule unterschiedlichster Art und Größe wie beispielsweise Seminare, Vorlesungen, Sommerschulen oder Praktika. Diese Mikroкурse, meist online angeboten, sollen sich Studierende je nach individuellem Bedarf und Interesse zusammenstellen. Das bedeutet für die Zukunft: Jederzeit und von allen ECIU-Universitäten aus soll das Lernen ermöglicht werden, mehr Flexibilität statt einem „One-Size-Fits-All“-Diplom für Ingenieure. „Wir wollen weg von den ursprünglichen Abschlüssen und uns mehr Richtung Generation Netflix orientieren“, sagt Nicole Frei, Referentin für Internationalisierung an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) und Koordinatorin für das Netzwerk ECIU an der TUHH.

Mit den Mikrokursen sollen die Teilnehmer sogenannte Challenges lösen: Problemstellungen, die Studierende, Wissenschaftler und externe Partner etwa aus Wirtschaft oder Kommunen auf einer Online-Plattform formulieren können und die dann nach einer Qualitätsprüfung in

Teams gemeinsam mit ECIU-Partnern bearbeitet werden. An einem Wochenende, über mehrere Wochen hinweg, bis zu einem Semester oder gar für die Dauer eines Masterstudiums. Inhaltlich sollen diese Aufgaben in der Pilotphase um die Nummer elf der UN-Nachhaltigkeitsziele kreisen: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.“ Ziel: Studierende erwerben methodische oder technische Fähigkeiten und Kompetenzen, um Probleme zu lösen. „Wir müssen nicht alle diese Mikro-kurse neu entwickeln“, sagt Frei, teilweise ließen sich auch passende Veranstaltungen in den Vorlesungsverzeichnissen finden.

Die Mikroкурse und die Skills, die Studierende, Weiterbildungslernende oder Interessierte aus Wirtschaft und Gesellschaft in ihnen erwerben, sollen in einen europäischen Kompetenzpass eingetragen werden. Um das pädagogische Konzept des „Challenge-based-learning“ zu trainieren, richten alle elf ECIU-Universitäten zudem „Innovation of Education Labs“ für Dozenten, aber auch Akteure aus Industrie, Gesellschaft, Forschung und Lehre ein. Lernbegleiter aus den Universitäten unterstützen die Teams.

Was das Hochschulnetzwerk langfristig damit erreichen möchte, ist ein gemeinsames Challenge-based-Masterprogramm. Ein weiter Weg, denn noch sind zahlreiche Fragen offen: Wie kann man bei Studierenden Vertrauen schaffen, Mikro-Credentials zu erwerben? Nach welchen wissenschaftlichen Kriterien definiere ich diese für eine Challenge? Wie lassen sich Professoren dafür begeistern? Die bisherigen Rückmeldungen aus der TUHH seien positiv gewesen, sagt ECIU-Koordinatorin Nicole Frei. Die Studierenden zeigten Interesse, und: „Die ersten Professorinnen und Professoren sind schon mit Vorschlägen zu möglichen Challenges auf uns zugekommen.“ //

ONLINE-CAMPUS FÜR MEHR MOBILITÄT

TEXT: BENJAMIN HAERDLE

Einen transnationalen Campus wollen die sechs Hochschulen erreichen, die sich unter dem Konsortium „European Digital UniverCity“ (EDUC) zusammengeschlossen haben. Prof. Dr. Sonia Lehman-Frisch, Vize-Präsidentin der Universität Paris-Nanterre, sieht in den sehr unterschiedlichen Profilen der sechs beteiligten Hochschulen – Volluniversitäten sowie auf Sozial-, Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften spezialisierte, Metropolen und kleinere Städten in verschiedenen Teilen Europas – eine Stärke des Netzwerks. „Unsere Allianz hat sich entschieden, bewusst einen generalistischen Fokus beizubehalten, anstatt sich auf bestimmte Themen zu beschränken“, sagt sie. Dies ermögliche es, alle Disziplinen sowie alle Studierenden und Mitarbeiter einzubeziehen und transdisziplinäre Programme zu erproben.

Die von der Universität Potsdam koordinierte Hochschulallianz will mit dem Geld der EU eine gemeinsame und umfassende Online-Plattform aufbauen. „Jede Hochschule behält ihre eigenen Lern- und Serviceplattformen. Die Aufgabe von EDUC wird es sein, die für die Nutzer bestgeeigneten Anwendungen durch eine Schnittstellenarchitektur miteinander zu verbinden“, erklärt Dr. Katja Jung, die sich als Projektmanagerin an der Universität Potsdam um EDUC kümmert. Dozenten, Studierenden und Verwaltungsmitarbeitern soll es mit dieser Portallösung ermöglicht werden, möglichst viele Dienste der jeweils anderen Hochschulen zu nutzen. Zum Beispiel Vorlesungsverzeichnisse: „Ein Kernproblem der Studierenden bei der Planung eines Erasmus-Aufenthalts liegt darin, dass sie nicht wissen, welche Veranstaltungen die anderen Hochschulen anbieten“, sagt sie. Doch da die Verzeichnisse nur selten

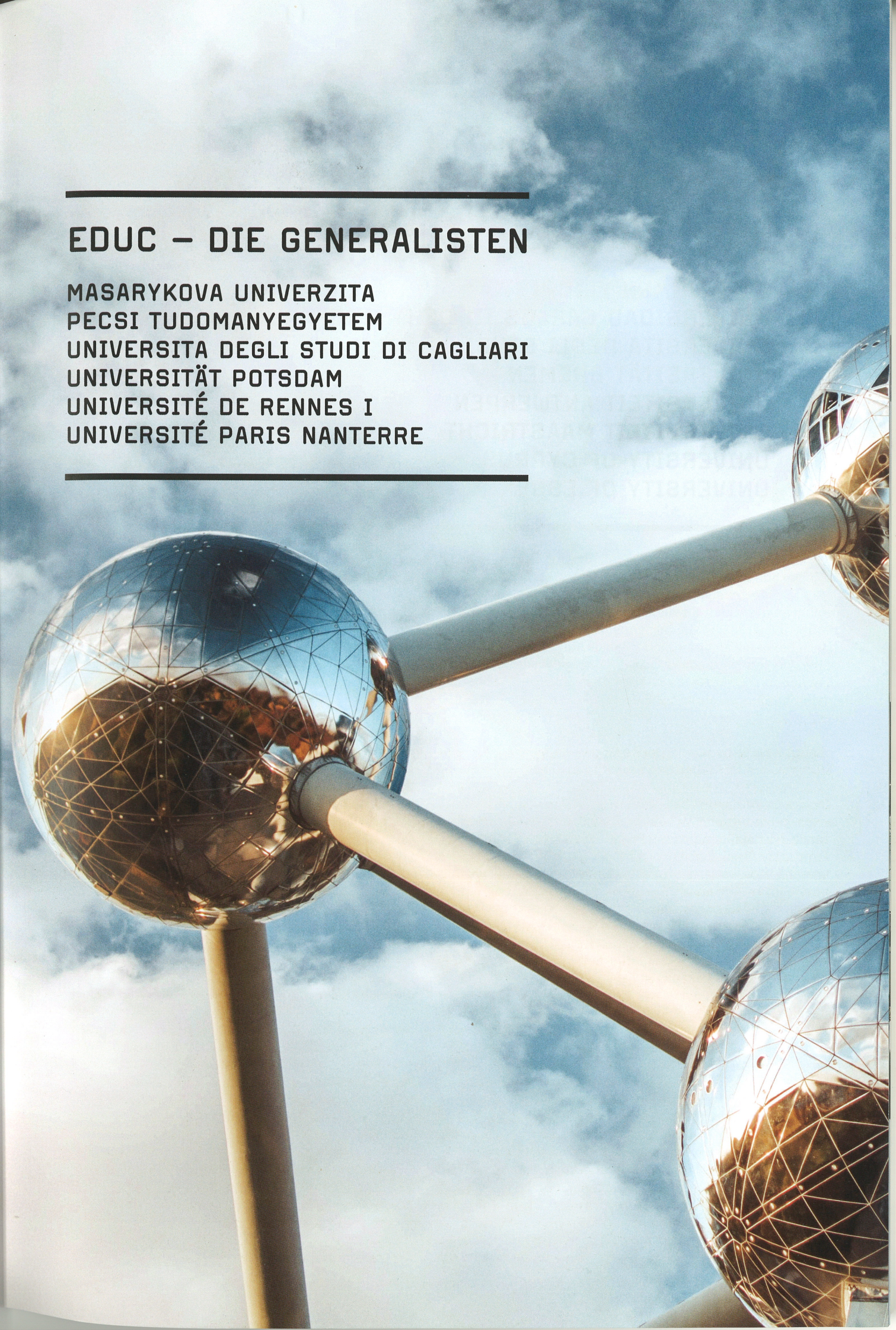
frühzeitig online verfügbar seien, könnten sich Studierende vorab nicht informieren. Das soll sich ändern. Andere Möglichkeiten der Nutzung wären gemeinsame Kalender, virtuelle Gruppenräume, das Ablegen gemeinsamer Online-Materialien oder der Einsatz von bestimmten Features gemeinsamer Lernplattformen.

Die Hochschulen, die sich jetzt als EDUC-Allianz zusammengefunden haben, sind schon seit Längerem über bilaterale Kooperationen miteinander verbandelt. So haben die Universitäten Potsdam und Paris-Nanterre in den Rechtswissenschaften einen Doppelabschluss auf den Weg gebracht, Rennes und die Masaryk-Universität im tschechischen Brünn einen Doppelabschluss in Öffentlicher Verwaltung, und auf dem Gebiet der technischen Infrastruktur der Digitalisierung kooperieren Rennes und Potsdam schon länger. „Der Aufruf der europäischen Universitäten zu Erasmus+ war für uns eine einzigartige Gelegenheit, einige internationale Partner auszuwählen und mit ihnen eine multidimensionale intensive Partnerschaft aufzubauen“, sagt Lehman-Frisch. Diese solle die klassische Studentenmobilität, Kooperation in der Lehre, Personalaustausch und -ausbildung sowie multilaterale Forschungszusammenarbeit miteinander verbinden.

Für all das soll die Digitalisierung den Weg bereiten. Dass dies ein längerfristiger Prozess ist, bei dem auch viele juristische Fragen betroffen sind, wie etwa Datenschutz und Fragen des geistigen Eigentums, ist sich EDUC-Projektmanagerin Katja Jung bewusst: „Dafür sind drei Jahre zu kurz. Aber das Ziel ist der gemeinsame Online-Campus, da wollen wir hin.“ //

EDUC – DIE GENERALISTEN

MASARYKOVA UNIVERZITA
PECSI TUDOMANYEGYETEM
UNIVERSITA DEGLI STUDI DI CAGLIARI
UNIVERSITÄT POTSDAM
UNIVERSITÉ DE RENNES I
UNIVERSITÉ PARIS NANTERRE



YUFE - DIE KLASSENBESTE

ITA-SUOMEN YLIOPISTO
 UNIVERSIDAD CARLOS III DE MADRID
 UNIVERSITA DEGLI STUDI DI ROMA TOR VERGATA
 UNIVERSITÄT BREMEN
 UNIVERSITEIT ANTWERPEN
 UNIVERSITEIT MAASTRICHT
 UNIVERSITY OF CYPRUS
 UNIVERSITY OF ESSEX

BESCHÄFTIGTE IM FOKUS

TEXT: BENJAMIN HAERDLE

Eine der internationalsten Universitäten Europas ist die belgische Universität Maastricht: 54 Prozent der Studierenden und 38 Prozent des akademischen Personals kommen aus dem Ausland, 78 Prozent der Studienprogramme laufen in englischer Sprache. Alles in einer Stadt, die in der Historie Europas mit dem Vertrag von Maastricht verewigt wurde. Fast unumgänglich erscheint es deswegen, dass die Universität Maastricht als Teil des Netzwerks Yufe (Young Universities for the Future of Europe) von der EU für die kommenden drei Jahre gefördert wird. Sie koordiniert auch das Netzwerk. „Maastricht ist der Ort, an dem ein neuer Dialog über das Europa der Zukunft stattfindet“, sagt Prof. Dr. Martin Paul, deutscher Präsident der Universität Maastricht. Studierende seiner Universität sollten sich optimal auf eine internationale Zukunft vorbereiten können. Paul: „Der beste Weg, dies zu erreichen, ist die intensive Interaktion mit ausländischen Studierenden.“

Das Konzept dafür fand in Brüssel großen Gefallen. Wie die Universität auf ihrer Webseite schrieb, erhielt Yufe mit 97 von 100 Punkten unter allen 54 Bewerbungen die höchste Punktzahl. Insgesamt acht Universitäten sind dabei. Auf deutscher Seite vertritt die Universität Bremen den Yufe-Verbund, der aus dem viel größeren Netzwerk Yerun (Young European Research University) hervorging. Die Bremer übernahmen das Arbeitspaket „Staff journey“. In den Fokus rücken damit die Beschäftigten, vom Laborpersonal und dem Bibliotheksmitarbeiter über den Doktoranden und Postdoc bis hin zum Professor. Denn, sagt Prof. Dr. Eva-Maria Feichtner, Konrektorin für Internationalität und Diversität an der Universität Bremen: „Wenn die Universitäten ihre Studierenden raus schicken, können sich die Angestellten nicht wie unverrückbare Säulen verhalten, die gesamte Institution muss das mitleben.“

Ein Instrument, mit dem die Yufe-Universitäten dies umsetzen wollen, sind sogenannte Track positions für Postdocs und Doktoranden. „Postdocs kommen frisch von der Promotion und können sich oft nicht so schnell orientieren und entscheiden, welche Richtung sie einschlagen wollen“, so Feichtner. Gleichzeitig verlange das Wissenschaftssystem eine Neuorientierung und eine Verbreiterung der wissenschaftlichen Expertise. Deshalb will Yufe den Postdocs auf einjährigen

Einstiegsstellen ermöglichen, sich auf dem Yufe-Campus der acht Universitäten umzuschauen und ein Projekt und ein akademisches Zuhause in einer Arbeitsgruppe zu suchen. „Gelingt dies, so steht eine Postdoc-Stelle für die anschließenden zwei bis drei Jahre zur Verfügung“, erklärt Feichtner. Ein ähnliches Modell plane Yufe auch für Doktoranden: Sie sollen nach dem Masterabschluss ein Jahr Zeit bekommen, um sich eine passende Arbeitsgruppe mit einem interessanten Projekt bei den Yufe-Partnern zu suchen, bei denen sie dann ihre Promotion schreiben. Feichtner ist überzeugt, dass sich diese Modelle für Postdocs und Doktoranden in den kommenden drei Jahren umsetzen lassen: „Die Partner stehen hinter diesem Konzept und sind bereit für ein Experiment.“

Etwas kniffliger dürfte es werden, das Verwaltungspersonal zu Aufenthalt an den Hochschulen im Ausland zu bewegen. Die Vision: Die Institutionen sollen voneinander lernen, damit auch die Verwaltungen der Hochschule in Zukunft verschmelzen. Die Vorbehalte: Wer macht in meiner Abwesenheit meine Arbeit? Komme ich mit einer anderen Sprache zurecht? Kann ich anderswo in der Verwaltung wirklich etwas Neues lernen, was meiner Abteilung an meiner Universität weiterhilft? Weil es aber im Yufe-Netzwerk nur sieben mögliche Aufnahmepartner gibt, ist Feichtner optimistisch, das Verwaltungspersonal durch einen im Vergleich zu Erasmus niederschwelligeren Bewerbungsprozess zum Austausch locken zu können.

Die Studierenden sollen einen gemeinsamen Yufe-Studienausweis erhalten. Um an allen Standorten Bücher auszuleihen, in den Mensen zu essen oder IT-Infrastrukturen zu nutzen. Kein leichtes Unterfangen, denn Universitäten aus acht Ländern haben unterschiedliche Ansprüche an den Datenschutz. Doch die Studierenden sollen sich frei bewegen können, um eigene Studienpläne zu gestalten. Dabei schweben der Bremer Konrektorin kurze Auslandsaufenthalte vor: Studierende besuchen eine Lehrveranstaltung an ihrem jeweiligen Studienort und schließen diese dann in einer zweiwöchigen Praxisveranstaltung mit Kommilitonen aus anderen Yufe-Universitäten an einer anderen Universität zusammen ab. Diese offenen Programme sollen ein erster Schritt sein hin zu gemeinsamen Studiengängen. //

AFRIKA IM BLICK

TEXT: BENJAMIN HAERDLE

Marseille ist das Tor Frankreichs zur Welt und damit auch das Tor zu Afrika. Von der Universität Aix-Marseille aus wollen die acht Universitäten der Allianz „Civis – A European Civic University“ nicht allein den europäischen Zusammenhalt fördern, sondern auch die Kooperation mit den Maghreb-Staaten, dem Nahen Osten sowie Staaten und Gesellschaften in Afrika südlich der Sahara stärken. Warum? „Wir sind fest davon überzeugt, dass die Zukunft Europas und Afrikas miteinander verknüpft ist“, sagt Prof. Dr. Monique Scheer, Prorektorin für Internationales an der Universität Tübingen, die an Civis beteiligt ist.

In der Pilotphase von Civis sei es allerdings noch zu früh, gemeinsam mit afrikanischen Universitäten Joint Degrees anzubieten oder Studierende auszutauschen. Das soll später kommen. „Wir wollen nicht zur Festung werden und uns nicht abkapseln, sondern schrittweise versuchen, produktive Partnerschaften in Afrika aufzubauen“, sagt Scheer. Die Brüsseler Initiative sei dafür sehr passend.

Insgesamt ist Civis derzeit in der „Fabrikphase“, wie die Civis-Koordinatoren der Universität Aix-Marseille die Aufbauphase nennen. Dazu gehören institutionelle Strukturen wie ein Rektorenrat, ein Statusgruppenrat ähnlich dem Senat oder Fakultätsrat und ein Beirat. Zudem gilt es, sich den wesentlichen inhaltlichen Zielen zu widmen: Die Mobilität steigern und neue gemeinsame Studienprogramme entwickeln.

50 Prozent der Studierenden in den von der EU-Kommission geförderten Allianzen sollen bis 2025 mobil werden, fordert Brüssel. In Tübingen hat man sich mit Civis für die ersten drei Jahre erst mal die Zehn-Prozent-Marke vorgenommen. Dies sei gut zu schaffen, da man bereits mit einigen der Civis-Partner lange bestehende Erasmus-Verträge habe.

Möglichkeiten, die Zahlen auszubauen, gibt es einige: Kurzaufenthalte an den Civis-Partneruniversitäten oder über die Option der virtuellen Mobilität, die Brüssel den Allianzen einräumt. Dazu zählt etwa die Teilnahme an Online-Kursen anderer Hochschulen oder auch die blended mobility, bei der

Online-Veranstaltungen mit Kurzaufenthalten kombiniert werden.

Thematisch ist der Verbund breit aufgestellt. Fünf Schwerpunkte hat er sich gesetzt: Gesundheit, Städte/Räume/Verkehr, Klima/Umwelt/Energie, digitaler/technischer Wandel, sowie Gesellschaft, Kultur und kulturelles Erbe. Zu diesen Themen werden die Civis-Universitäten Kurse in den bestehenden Studienprogrammen suchen und um eine internationale Komponente ergänzen, sodass diese von den anderen Universitäten anerkannt werden. Außerdem stellen sie Arbeitsteams aus den sieben Unis zusammen, die neue Module und Kurse entwickeln sollen. Für komplette Bachelor-Studiengänge seien die drei Jahre allerdings zu kurz, so Scheer: „Wir werden nicht versuchen, in den ersten drei Jahren eine Reihe von Joint Degrees zusammenzustellen. Das halten alle Fakultäten, mit denen wir sprachen, für sehr schwierig.“ Doch es ist nicht nur der Faktor Zeit, der die Hochschulen vor neue Herausforderungen stellt. „Unsere Themenschwerpunkte, für die wir Curricula bauen wollen, sind interdisziplinär angelegt“, sagt Scheer. Für Universitäten sei das oft problematisch, da sie eher disziplinär ausgerichtet seien.

Konkreter ist dagegen schon, dass Civis einen eigenen Ausweis für Studierende, Forscher und Mitarbeiter einführen und die sprachliche Vielfalt stärken wird. „Bis zum Jahr 2025 wollen wir unseren Studierenden, Forschenden und Mitarbeitenden Möglichkeiten bieten, neben ihrer Muttersprache mindestens zwei Fremdsprachen vor Ort bei einem Civis-Partner zu lernen, sodass sie beide fließend sprechen können“, sagt Scheer. Sprache sei ein wichtiges Thema der Globalisierung.

Die Tübinger Prorektorin Scheer will vor allem Studierende fördern, die ins Ausland gehen möchten. „Die Mobilität im Rahmen von Bologna ist immer noch mit viel Bürokratie verbunden, das wollen wir Studierenden in unserem Verbund erleichtern“, sagt sie. Ziel sei, dass Studierende den Blick auf globale Verhältnisse bekämen. //

CIVIS – DIE NEUEN

EBERHARD-KARLS-UNIVERSITÄT TÜBINGEN
ETHNIKO KAI KAPODISTRIAKO PANEPISTIMIO ATHINON
STOCKHOLMS UNIVERSITET
UNIVERSIDAD AUTONOMA DE MADRID
UNIVERSITA DEGLI STUDI DI ROMA LA SAPIENZA
UNIVERSITATEA DIN BUCURESTI
UNIVERSITÉ D'AIX MARSEILLE
UNIVERSITÉ LIBRE DE BRUXELLES



UNI-HOPPING BEI MASTER UND PROMOTION

4EU+ - DIE GROSSEN

KOPENHAVNS UNIVERSITET
RUPRECHT-KARLS-UNIVERSITÄT HEIDELBERG
SORBONNE UNIVERSITÉ
UNIVERSITA DEGLI STUDI DI MILANO
UNIVERZITA KARLOVA
UNIwersytet Warszawski

TEXT: BENJAMIN HAERDLE

Das hat von Ivy-League: Als 4EU starteten die Universität Heidelberg, die Karls-Universität in Prag, die Universität Sorbonne in Paris und die Universität Warschau im März 2018. Im Vorfeld der Bewerbung für das Rennen um die EU-Initiative „European Universities“ erweiterte sich das Netzwerk im Oktober 2018 um die kaum weniger renommierten Universitäten Kopenhagen und Mailand zu 4EU+. Noch länger kennen sich die Universitäten aus dem Netzwerk LERU (League of European Research Universities), einem Kreis aus 23 forschungsstarken europäischen Universitäten, die innovative Forschung vorantreiben wollen. 4EU+ will daran anknüpfen. „Jede von uns ist eine führende forschungsintensive Universität unseres Landes und verfügt über ein außergewöhnliches Standing“, sagt Prof. Dr. Serge Fdida. Er ist als Vize-Präsident an der Pariser Sorbonne zuständig für internationale Entwicklung, wo das Netzwerk auch sein Generalsekretariat angesiedelt hat.

4EU+ setzt einen seiner Schwerpunkte auf Master- und Doktorandenprogramme. „In dieser Phase lassen sich Forschung und Lehre besonders gut verbinden“, sagt Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, Prorektor für Internationales an der Universität Heidelberg. Gesundheit im urbanen Raum, Traditionen und Herausforderungen in Europa, Computerwissenschaften sowie Biodiversität und nachhaltige Entwicklung sind die vier Themenfelder, in denen das Netzwerk

sich nun auf den Weg macht, einzelne Puzzlestücke aus den jeweiligen Curricula zusammenzufügen.

Ein Modell dafür wäre, einen gemeinsamen Masterkurs aus den Modulen der verschiedenen Universitäten zusammenzusetzen. Ein anderes beschreibt Weller als „à la carte-Modell“: „4EU+ gibt den Studenten lediglich vor, welche Kurse sie am Ende des Masterprogramms besucht haben müssen, stellt ihnen aber frei, an welcher der 4EU+-Universitäten sie diese Module besuchen.“ So könnten die Studierenden beispielsweise in einem von der Universität Sorbonne geplanten Masterkurs zur Krebsforschung das Fach Tumorkunde besuchen, wo sie wollen, egal ob in Prag, Heidelberg oder in Paris. „Das setzt natürlich voraus, dass die Module vergleichbar sind und dieselben Inhalte und Qualitätsstandards haben“, sagt Weller. In den Naturwissenschaften sei dies sicherlich einfacher umzusetzen als in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, die national oft unterschiedliche Methoden und Theorien zur Grundlage haben.

Eine weitere Option wäre, bereits bestehende Studiengänge an einer Universität noch stärker für die Studierenden der 4EU+-Partner zu öffnen. Das setzt zum Beispiel die Universität Heidelberg in den Computerwissenschaften bereits um. Sie hat dieses Wintersemester zwölf Studierende aus Paris für den Masterkurs aufgenommen. Künftig sollen

auch Studierende aus den anderen 4EU+-Universitäten daran teilnehmen können. „Bislang nationale oder bilaterale Studiengänge gewinnen durch diese Öffnung nicht nur an Internationalität, sondern auch an inhaltlicher Qualität“, betont Weller.

Was auf dem Papier einfach klingt, bringt in der Realität aber einige Probleme mit sich, an deren Lösung bei 4EU+ verschiedene Arbeitsgruppen bestehend aus Wissenschaftlern, Studierenden und Verwaltungspersonal sitzen. Ein Team erarbeitet beispielsweise Lösungen, in welchen Unterkünften sich die Studierenden unterbringen lassen, die Module oder Teile der gemeinsamen Studiengänge an einer der sechs Universitäten verbringen. Ein anderes Team widmet sich der bürokratischen Umsetzung der Studiengänge: Learning Agreements, Workloads, Hochschulsatzungen, Handbücher – sie alle müssen vereinheitlicht und umgeschrieben werden für künftige Pilotstudiengänge. Eine andere Gruppe kümmert sich um die Finanzen, also um die Frage, wie Geld für 4EU+ eingeworben und verwaltet werden kann.

Für all diese Aufgaben braucht es Personal und damit auch Fördermittel. Rund 15 Millionen Euro haben die 4EU+-Partner für die kommenden drei Jahre eingesammelt: fünf Millionen aus Brüssel, fünf Millionen von den nationalen Regierungen und weitere fünf Millionen steuern die beteiligten Universitäten bei. Ein hübsches Sümmchen und sicherlich mehr, als manchem anderen Netzwerk in der Anfangsphase zur Verfügung steht. Doch klar ist aus Wellers Sicht auch: „Wir brauchen eine nachhaltige Finanzierung für dieses große europäische Projekt, die bisherige Förderung kann nur eine Anschubfinanzierung gewesen sein.“ Allein die Universität Heidelberg hatte Ende 2019 drei – zunächst befristete – Stellen ausgeschrieben: Einen Koordinator für 4EU+, zudem je einen Sachbearbeiter und einen Assistenten; weitere Ausschreibungen sollen folgen. „Die EU-Kommission wird nicht umhinkommen, künftig aus dem Erasmus+-Programm weiteres Geld in diese Initiative zu investieren“, sagt Weller. //

VON DER GBR BIS ZUR STIFTUNG: WIE ORGANISIERT MAN EINE EUROPÄISCHE HOCHSCHULE?

Die EU-Kommission will möglicherweise in den kommenden Jahren eine eigene juristische Form für die Europäischen Hochschule entwickeln. Fürs erste haben sich die Allianzen unterschiedliche Modelle einfallen lassen:

4EU+ firmiert zunächst als Partnerschaft im Sinne einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Die sechs Partneruniversitäten agieren gleichberechtigt, die Sorbonne als federführende Institution verwaltet die EU-Gelder treuhänderisch für alle anderen. Für die Zukunft wird die Gründung einer juristischen Person angestrebt (idealerweise eine europäische Rechtsform), die als organisatorische Plattform der Allianz die Administration und die Finanzen vereinfachen könnte.

Das ECIU-Netzwerk ist eine Stiftung nach niederländischem Recht.

Die Mitglieder der CIVIS-Allianz haben Partnerschaftsverträge untereinander abgeschlossen sowie jeweils einen Vertrag mit der federführenden Aix Marseille Université, die die EU-Mittel an alle verteilt. In den ersten drei Jahren soll eine dauerhafte Rechtsform noch gefunden werden.

In EDUC haben die Universitäten Kooperationsverträge abgeschlossen.

